

Soziale Stabilität im Gesundheitswesen sichern – Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen begrenzen, Prävention stärken und Versicherte gezielt entlasten

Drucksache 18/19024 · eingebracht 2026-04-28 – Antragsteller: **AfD**

Gesundheit

Soziales

Prävention

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert, die beitragsfreie Familienversicherung zu erhalten, steigende Zuzahlungen zu verhindern und Prävention in NRW auszubauen, um soziale Stabilität im Gesundheitswesen zu sichern.

KERNFORDERUNGEN

- Erhalt der beitragsfreien Familienversicherung
- Verhinderung regressiver Zuzahlungen
- Ausweitung der Prävention in sozial benachteiligten Regionen
- Entlastung einkommensschwacher Versicherter durch Landesprogramme
- Berichtspflicht zu sozialen Verteilungseffekten bundespolitischer Reformen

BEWERTUNG

5.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag setzt sich für soziale Gerechtigkeit (D4) und Solidarität (D2) ein, indem er die beitragsfreie Familienversicherung als zentrales Instrument der sozialen Absicherung bewertet und steigende Zuzahlungen als gesundheitsgefährdend kritisiert. Er berührt auch Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch Forderung nach regelmäßigen Berichten über soziale Verteilungseffekte. Allerdings fehlt jeglicher Bezug zu ökologischer Nachhaltigkeit (Wert 3) und zu Lieferketten oder externen Partnern (Gruppe A), was die GWÖ-Tiefe begrenzt. Die Fokussierung auf Landessteuerung ohne konkrete gemeinwohloökonomische Kriterien (z. B. Gemeinwohl-Bilanzierung von Krankenhäusern oder Kooperativen) verhindert eine höhere Bewertung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare soziale Zielgruppenbenennung (Armutgefährdete, Familien)
- Empirisch fundierte Argumentation zu Zuzahlungseffekten
- Konkrete regionale Bezüge (Ruhrgebiet, Flächenland)

Schwächen

- Kein Bezug zu ökologischer Nachhaltigkeit
- Keine Verbindung zu Solidarität über Grenzen hinaus (E-Bereich)
- Fehlende Konzepte zur Demokratisierung der Gesundheitspolitik

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	•	+	•	+	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 Solidarität Bewertung: +3

Beitragsfreie Familienversicherung als sozialer Zusammenhalt

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +3

Schutz vor regressiver Belastung durch Zuzahlungen, Fokus auf Armutsgefährdete

D5 Transparenz & Mitbestimmung Bewertung: +2

Forderung nach Berichtspflicht über soziale Verteilungseffekte

CDU

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag unterstützt CDU-Kernziele wie wohnortnahe Versorgung (Q12), Landarztquote (Q12), Prävention (Q20) und Familienentlastung (Q13). Allerdings widerspricht er indirekt der CDU-Position zur 'Technologieoffenheit' und 'Marktwirtschaftlichkeit', da er keine marktbasieren Lösungen vorschlägt, sondern rein verteilungspolitische Forderungen stellt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

6/10

Das CDU-Grundsatzprogramm betont Subsidiarität (Q16), Eigenverantwortung (Q18) und soziale Marktwirtschaft (Q19), was mit dem Antrag teilweise kollidiert: Der Fokus liegt auf staatlicher Absicherung statt auf Eigenverantwortung oder Strukturreform. Keine direkten Zitate passen exakt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

6/10

Der Antrag stimmt mit SPD-Zielen zur Bekämpfung von Kinderarmut (Q25) und sozialer Gerechtigkeit überein, aber er verfehlt den SPD-Fokus auf Tariftreue, ÖPNV und öffentlichen Dienst. Er enthält keine Verbindung zu 'Gute Arbeit' oder 'Daseinsvorsorge' als Kernwert — stattdessen bleibt er bei reiner Finanzentlastung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

Das Hamburger Programm betont 'Solidarität' und 'soziale Gerechtigkeit' (Q25), was der Antrag teilt. Aber es verlangt auch 'demokratischen Sozialismus' und 'starke Gewerkschaften', die im Antrag nicht erwähnt werden. Keine passenden Zitate gefunden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

4/10

Der Antrag berührt Grüne Themen wie Prävention (Q26) und soziale Ungleichheit (Q25), aber er ignoriert alle grünen Kernaussagen: Klimagerechtigkeit, Verkehrswende, Bürger:innenräte, Kreislaufwirtschaft. Er ist rein defensiv und nicht transformatorisch — kein Bezug zu 'Postwachstum' oder 'Suffizienz'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

3/10

Das Grüne Grundsatzprogramm fordert 'gesundheitsfördernde Lebenswelten' (Q26), 'Krankenhausfinanzierung nach gesellschaftlichem Auftrag' (Q27) und 'Patient*innen als Akteur*innen' (Q28) — alles fehlt im Antrag. Stattdessen steht reine Kostenvermeidung im Vordergrund. Keine passenden Zitate gefunden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

3/10

Der Antrag widerspricht zentralen FDP-Positionen: Er fordert mehr staatliche Intervention statt Bürokratieabbau (Q14), lehnt Marktmechanismen ab und betont Kollektivlasten statt individueller Freiheit. Auch 'Eigenverantwortung' (Q12) wird nicht thematisiert — stattdessen wird auf Entlastung gesetzt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das FDP-Grundsatzprogramm legt Wert auf 'individuelle Freiheit', 'Eigenverantwortung' und 'schlanken Staat' (Q12). Der Antrag geht in die entgegengesetzte Richtung: Er will mehr staatliche Steuerung, Berichtspflichten und finanzielle Umverteilung. Keine passenden Zitate gefunden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt exakt AfD-Kernpositionen wider: Schutz der Familie (Q3, Q6), Ablehnung ideologischer Ausgaben (Q3), Fokus auf 'Mensch im Mittelpunkt' (Q1), Pflegeentlastung (Q2), und Kritik an 'ideologisch begründeten Ausgaben' (Q3). Die Betonung der regionalen Disparität (Ruhrgebiet) entspricht der AfD-Betonung ländlicher Infrastruktur (Q7).

„Für die AfD steht der Mensch im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik. Gesundheit betrifft dabei nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen, sondern wird als ein umfassender Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens verstanden.“

AfD NRW Wahlprogramm 2022, S. 32

„Die AfD NRW bekennt sich ausdrücklich zur freien Persönlichkeitsentwicklung und der damit verbundenen Vielfalt der Lebensentwürfe. Jeder soll sein Leben selbst gestalten dürfen, solange er anderen dieses Recht nicht zu beschneiden versucht und niemandem Schaden zufügt.“

AfD NRW Wahlprogramm 2022, S. 41

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das AfD-Grundsatzprogramm betont 'Finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen' (Q6), 'mobile Gesundheitsversorgung' (Q7), 'Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl' (Q9) — alles direkt adressiert. Der Antrag vermeidet explizite EU-Kritik oder Migrationsthemen, daher leicht unter 9.

„Familien sind gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge.“

AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 37

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: dass steigende Eigenbeteiligungen im Gesundheitswesen nachweislich zu einer geringeren Inanspruchnahme notwendiger Leistungen führen und dadurch langfristig höhere Kosten im Gesundheitssystem verursachen;

dass steigende Eigenbeteiligungen im Gesundheitswesen nachweislich zu einer ****geringeren Inanspruchnahme notwendiger Leistungen führen****, insbesondere bei armutsgefährdeten Menschen, ****und dadurch langfristig höhere Kosten im Gesundheitssystem sowie gesundheitliche Ungleichheit verursachen****;

Begründung: Stärkt den Bezug zu sozialer Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) durch explizite Benennung von Ungleichheit — zentral für GWÖ-Matrix.

Vorschlag 2 von 3

Original: die Landesprogramme zur Gesundheitsprävention gezielt auszubauen, insbesondere Hautkrebsfrüherkennung (z. B. durch Aufklärungskampagnen), Präventionsangebote in sozial benachteiligten Quartieren sowie betriebliche Gesundheitsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen

die Landesprogramme zur Gesundheitsprävention gezielt auszubauen, ****unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Determinanten (z. B. Luftqualität, Zugang zu Grünflächen)****, insbesondere Hautkrebsfrüherkennung, Präventionsangebote in sozial benachteiligten Quartieren sowie betriebliche Gesundheitsförderung in KMU

Begründung: Ergänzt fehlenden Bezug zu ökologischer Nachhaltigkeit (Wert 3) — zentral für GWÖ-Matrix 2.0.

Vorschlag 3 von 3

Original: zu prüfen, inwiefern das Land Nordrhein-Westfalen über bestehende Programme (z. B. Sozial- und Härtefallregelungen, kommunale Gesundheitsangebote) gezielt Versicherte mit niedrigem Einkommen entlasten kann


zu prüfen, inwiefern das Land Nordrhein-Westfalen über bestehende Programme ****unter Einbeziehung von Bürger:innenräten und lokalen Gesundheitskonferenzen**** gezielt Versicherte mit niedrigem Einkommen entlasten kann

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5) durch partizipative Elemente — fehlender GWÖ-Schwerpunkt im Antrag.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-122

Ja: AfD Nein: CDU  FDP GRÜNE SPD

 Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/19024

Soziale Stabilität im Gesundheitswesen sichern · Auswirkungen auf Nordrh·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

28.04.2026

Antrag

der Fraktion der AfD

Soziale Stabilität im Gesundheitswesen sichern – Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen begrenzen, Prävention stärken und Versicherte gezielt entlasten

I. Ausgangslage

Das Gesundheitswesen in Deutschland steht vor erheblichen finanziellen und strukturellen Herausforderungen. Auf Bundesebene werden derzeit Maßnahmen diskutiert, die auf Ausgabenreduzierungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abzielen. Hierzu zählen u. a. eine mögliche Einschränkung der beitragsfreien Familienversicherung, steigende Zuzahlungen sowie Einschnitte bei Präventionsleistungen.

Diese Entwicklungen hätten unmittelbare Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen, das mit rund 18 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Bundesland. Etwa 90 % der Bevölkerung sind gesetzlich krankenversichert, darunter mehrere Millionen beitragsfrei mitversicherte Angehörige. Eine Einschränkung dieser Regelung würde insbesondere Haushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen überproportional belasten.

Gerade in Nordrhein-Westfalen zeigt sich bereits heute eine angespannte soziale Lage:

- Über 17 % der Bevölkerung gelten als armutsgefährdet.
- In Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet ist die Quote deutlich höher.
- Gleichzeitig bestehen regionale Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und Lebenserwartung.

Steigende Zuzahlungen im Gesundheitswesen wirken in einem solchen Umfeld nicht nur sozial regressiv, sondern führen empirisch nachweisbar dazu, dass notwendige medizinische Leistungen verzögert oder gar nicht in Anspruch genommen werden. Dies erhöht langfristig die Behandlungskosten und belastet das System zusätzlich.

Auch Präventionsleistungen haben für Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung. So zählt Hautkrebs zu den häufigsten Krebserkrankungen in Deutschland mit steigender Tendenz. Frühdiagnosen senken nachweislich Behandlungskosten, Krankheitsverläufe sowie Arbeitsausfallzeiten. Einschränkungen in diesem Bereich würden sich daher sowohl gesundheitspolitisch als auch volkswirtschaftlich negativ auswirken.

Da die wesentlichen Regelungen der GKV auf Bundesebene getroffen werden, kommt dem Land Nordrhein-Westfalen eine zentrale Rolle als politischer Akteur im Bundesrat sowie als Gestalter der regionalen Gesundheitsversorgung zu.

II. Der Landtag stellt fest,

1. dass rund 16 Millionen gesetzlich Versicherte in Nordrhein-Westfalen direkt von Änderungen in der GKV betroffen wären;
2. dass die beitragsfreie Mitversicherung für hunderttausende Haushalte in NRW eine zentrale sozialpolitische Entlastung darstellt und insbesondere Familien sowie Alleinverdienermodelle stabilisiert;
3. dass steigende Eigenbeteiligungen im Gesundheitswesen nachweislich zu einer geringeren Inanspruchnahme notwendiger Leistungen führen und dadurch langfristig höhere Kosten im Gesundheitssystem verursachen;
4. dass Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner demografischen Struktur, regionaler Disparitäten und überdurchschnittlicher Belastung einzelner Regionen besonders sensibel auf Leistungskürzungen im Gesundheitswesen reagiert;
5. dass Präventionsmaßnahmen – insbesondere in einem Flächenland mit erheblichen sozialen Unterschieden – ein entscheidender Hebel zur Stabilisierung der Gesundheitskosten und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sind;
6. dass das Land Nordrhein-Westfalen über eigene Steuerungsinstrumente im Bereich Gesundheitsversorgung, Prävention und Krankenhausplanung verfügt, die gezielt eingesetzt werden müssen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich im Bundesrat aktiv und nachweisbar dafür einzusetzen, dass die beitragsfreie Familienversicherung in der GKV erhalten bleibt, und dabei die spezifischen sozialen Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen – insbesondere auf einkommensschwache Regionen – einzubringen;
2. eine länderübergreifende Initiative zu starten, um zusätzliche Belastungen für GKV-Versicherte zu verhindern und stattdessen strukturelle Finanzierungsfragen auf Bundesebene zu adressieren;
3. die Landesprogramme zur Gesundheitsprävention gezielt auszubauen, insbesondere Hautkrebsfrüherkennung (z. B. durch Aufklärungskampagnen), Präventionsangebote in sozial benachteiligten Quartieren sowie betriebliche Gesundheitsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen
4. zu prüfen, inwiefern das Land Nordrhein-Westfalen über bestehende Programme (z. B. Sozial- und Härtefallregelungen, kommunale Gesundheitsangebote) gezielt Versicherte mit niedrigem Einkommen entlasten kann, und gemeinsam mit den Kommunen Strategien zu entwickeln, um Versorgungslücken durch finanzielle Hürden zu vermeiden, insbesondere bei Medikamentenversorgung sowie Vorsorgeuntersuchungen;

5. im Rahmen der Krankenhausplanung des Landes sicherzustellen, dass wirtschaftlicher Druck durch mögliche Bundesreformen nicht zu einer Verschlechterung der regionalen Versorgung führt; darüber hinaus die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft in NRW so zu gestalten, dass Prävention und ambulante Versorgung gestärkt werden, um Kostensteigerungen langfristig zu begrenzen;
6. dem Landtag regelmäßig über die konkreten Auswirkungen bundespolitischer GKV-Reformen auf Nordrhein-Westfalen zu berichten, insbesondere in Bezug auf:
 - Inanspruchnahme medizinischer Leistungen
 - soziale Verteilungseffekte sowie
 - regionale Unterschiede.

Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion